

Knut Korschewsky

Rede auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE Thüringen

am 14./15. Juli 2007 in der Stadthalle Gotha

Sperrfrist: Beginn der Rede!
Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
sehr verehrte Gäste!

Spannende zwei Jahre liegen hinter uns.

Am Abend des 18. September 2005 gab es endlich wieder eine Fraktion der LINKEN im Bundestag. Eine Fraktion der PDS und doch nicht so wie vorher. Alles war ein Stück anders als gewohnt. Diese Fraktion war das Pilotprojekt oder auch das Fundament der neuen LINKEN in Deutschland. Viele dachten, dass dieses Projekt genauso schnell wieder verschwinden würde, wie es gekommen ist. Andere belächelten uns. Und wenn wir ganz ehrlich sind, haben auch viele von uns nicht nur einmal gezweifelt und waren teilweise auch verzweifelt.

Aber! Es ist aber geschafft! Die LINKE ist gegründet.

Nicht nur der Rohbau ist fertig. Auch der Innenausbau geht beständig voran. Und daran wollen auch wir heute hier auf unserem Thüringer Gründungsparteitag der LINKEN mitarbeiten.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

Linkspartei.PDS und WASG haben sich vereinigt. Wir sind die einzigen, die das wirklich getan haben. Andere Parteien wie CDU und FDP haben 1989 jeweils zwei ehemalige Blockparteien mit Stock und Hut und natürlich auch Geld geschluckt nach Gutsherrenmanier. Da fiel kein Wort von politischer Verantwortung rückwärtsgewandt oder staatstragend. Das war bei uns anders.

Wir mussten uns nicht nur unserer Verantwortung stellen, wir haben uns auch dieser Verantwortung immer offen und öffentlich gestellt. Ich glaube, dass das auch mit ein Grund dafür ist, dass diese Vereinigung mit den Freunden der WASG zu einem erfolgreichen Ende geführt werden konnte und kann. Ich stimme Gregor Gysi ausdrücklich zu, wenn er meint, dass die deutsche Einheit organisatorisch erst mit der Vereinigung der LINKEN vollendet ist. Die Einheit der LINKEN gehört nun einmal zwingend zur Einheit Deutschlands.

Dass das einigen nicht passt oder sie die wirkliche Vereinigung nicht wirklich wollen, hat man ja deutlich an unterschiedlichsten Äußerungen nach dem Berliner Gründungsparteitag vernommen.

Ich meine da ausdrücklich nicht nur Profalla und Co., sondern will an der Stelle Thüringer Ross und Reiter benennen.

Es mutet schon pervers an, wenn der Thüringer Ministerpräsident davon spricht, dass man denjenigen, die Kommunisten die Hand reichen, diese abhacken müsse oder

sein CDU-Scharfmacher, Herr Mohring, von "Roten Lumpen" spricht.

Eine solche Ausdrucksweise ist mir nur aus der Geschichte bekannt, einer Geschichte, die, wie ich hoffe, sich nicht wiederholt. Das, was sie machen, ist zähnefletschender Antikommunismus.

Herr Althaus, ich kann nur hoffen, dass auch Sie nicht wollen, dass sich dieser schlimme Teil der Deutschen Geschichte wiederholt.

Machen Sie als Thüringer Ministerpräsident mit den Menschen Politik für dieses Land und beschimpfen sie nicht diejenigen, die eine andere Auffassung als Sie haben. Ich glaube, es gibt mittlerweile sehr viele davon.

Liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Gäste,

die Gründung unserer neuen Partei ist Abschied und Aufbruch zugleich. Es ist Wehmut und Zuversicht.

Mit der Konstituierung des Landesverbandes Thüringen der Partei DIE LINKE gestalten wir das inhaltliche Zusammenwachsen der LINKEN in Thüringen mit viel Zuversicht und dem entsprechenden Aufbruch. Das sollten wir heute auch bildhaft dokumentieren.

DIE LINKE ist ein konkretes Ergebnis der Protestbewegungen gegen Schröders Politik des Sozialabbaus mit der Agenda 2010 und Hartz IV. Gegen diese Politik fanden sich unmittelbar Betroffene in sozialen Bündnissen zusammen und es

widersprachen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Infolge dieser Entwicklung verließen viele Linke die SPD. Sie bildeten sowohl in der Bundesrepublik als auch in Thüringen die "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit".

Bestandteil des Widerstands war von Beginn an auch die PDS in Thüringen, die, wie schon in vielen Kämpfen zuvor, den sozialen Protest unterstützt und frühzeitig auch den Kontakt zur Thüringer WASG gesucht hat.

An dieser Stelle sei auch gesagt, dass es zu jeder Zeit in den vergangenen 2 Jahren immer einen engen Kontakt zwischen Linkspartei.PDS und WASG gegeben hat.

Die Gespräche und Verhandlungen waren nicht immer einfach, aber zielführend und konkret. Das Ergebnis sehen wir heute auf unserem Gründungsparteitag unter anderem in einem gemeinsamen Satzungsentwurf für unseren Landesverband, für den ich schon jetzt um Zustimmung werben möchte.

Ich habe hier an gleicher Stelle vor einigen Monaten zum politischen Aschermittwoch gesagt: "Ein Kind wird geboren.

Das Kind von Gregor und Oskar. Die Stadthalle Gotha wird der Kreissaal für die Geburt des Thüringer Kindes sein." Dieses Thüringer Kind wird nun heute zur Welt kommen.

DIE LINKE hat aber nicht nur zwei Väter. Sie kann stolz sein, 4 Väter zu haben. Einer davon ist hier im Saal. Ein anderer wird heute noch kommen.

Die Väter heißen Gregor, Oskar, Lothar und Bodo.

Dir Bodo herzlichen Dank für das Wachsen und die Geburt dieses strammen und gut entwickelten Kindes. Ich hoffe, dass alle Väter auch ihren Unterhaltsverpflichtungen nachkommen.

Das Kind hat es verdient.

Wenn ich vom traditionsreichen Ort Gotha spreche, so sei mir heute auch einmal gestattet, etwas in die Geschichte zu schauen.

Oskar Lafontaine hat die Partei “DIE LINKE” in die Tradition der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gestellt. Viele ihrer Geburtsstätten befinden sich in Thüringen, und es lohnt sich für das Herangehen an die zukünftigen Aufgaben der LINKEN in Thüringen, sich kurz zu erinnern.

In Eisenach gründeten August Bebel und Wilhelm Liebknecht gemeinsam mit 263 Delegierten aus ganz Deutschland 1869 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

In deren Eisenacher Programm finden wir bereits den Kerngedanken dessen, was wir heute als Demokratischen Sozialismus bezeichnen, die Einheit von politischer Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Wörtlich heißt es: “Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.”

Wenige Jahre später vereinigten sich 1875 in Gotha die beiden Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Das in Gotha verabschiedete Programm war ein Kompromiss, ein schlechter wie Marx fand. Seine berühmten Randglossen zum Gothaer

Programm sind es durchaus noch mal wert, gelesen zu werden, bevor wir mit der Programmdebatte beginnen.

Vor allem der Hinweis von Marx, "dass jeder Schritt wirklicher Bewegung mehr Wert ist als ein Duzend Programme", sollten wir, sollte "DIE LINKE" beachten, wenn es darum geht, über der notwendigen programmatischen Debatte die Erwartungen vieler Menschen hinsichtlich unserer praktischen Politik nicht zu vergessen.

Man könnte die vielfältige und widersprüchliche Traditionslinie der Arbeiterbewegung in Thüringen unendlich lang weiterentwickeln, um aus ihr Schlussfolgerungen für DIE LINKE zu ziehen. Das ist heute leider nicht möglich. Deshalb sei an das Erfurter Programm, die Massenstreikdebatte des Jenaer Parteitages, die Opposition gegen den imperialistischen Ersten Weltkrieg und die Burgfriedenpolitik sowie die Gründung der USPD hier in Gotha zumindest erinnert. Einen gesetzlichen Mindestlohn hatten im übrigen Sozialisten in Regierungsverantwortung im Volksstaat Reuß 1919 bereits durchgesetzt. Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und viele andere verteidigten die Demokratie 1920 gegen den Kapp-Putsch.

Die sozialistische Thüringer Regierung unter August Frölich eröffnete von 1921 - 23 mit Unterstützung der KPD einen Weg, durch dessen konsequentes Weiterbestreiten die Weimarer Republik vielleicht erhalten worden wäre, hätte der Einmarsch der Reichswehr im Herbst 1923 dem Rot-Roten-Projekt nicht ein Ende gesetzt. Die Zerschlagung dieses Projektes hatte

verheerende Auswirkungen für die Demokratie in Thüringen und Deutschland insgesamt. Denn eines dürfen wir nie vergessen! Thüringen war nicht nur eine Geburtsstätte und Hochburg der Arbeiterbewegung, Thüringen war auch ein frühes Zentrum der Faschisten.

Hier nahmen bürgerliche Parteien bereits 1930 erstmals mit Wilhelm Frick, der 1945 als Nazi- und Kriegsverbrecher verurteilt und hingerichtet wurde, einen Nazi in die Landesregierung auf.

Vor und nach der Machtübergabe an Hitler leisteten in Thüringen viele Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter und andere Antifaschisten aktiven Widerstand. Wir stehen als "DIE LINKE" in der Verantwortung, dass die Menschen, die in diesem Kampf ihr Leben geopfert haben, niemals vergessen werden. Stellvertretend für sie seien die Kommunisten Theodor Neubauer und Magnus Poser sowie die Sozialdemokraten Franz Petrich und Erich Mäder genannt.

Noch heute erinnert uns in Thüringen Buchenwald an die unvorstellbaren Verbrechen des Naziregimes, eine Erinnerung, die wir angesichts des zunehmenden Rechtsextremismus mehr denn je wach halten müssen. Zugleich aber verbinden wir mit Buchenwald auch die Solidarität und den Widerstand der dort bis 1945 Inhaftierten über weltanschauliche und nationale Unterschiede hinweg.

Nach ihrer Selbstbefreiung forderten demokratische Sozialisten, unter ihnen Hermann Brill, mit ihrem Buchenwalder Manifest leidenschaftlich eine sozialistische Partei, die Lehren aus der

bitteren Niederlage von 1933 ziehen und die Spaltung der Arbeiterbewegung überwinden müsse.

Mit Hermann Brill erinnern wir an das linke Erbe der Thüringer Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, das ebenso in die Tradition der Partei DIE LINKE in Thüringen gehört wie der frühe Widerstand vieler Thüringer Kommunistinnen und Kommunisten gegen die Stalinisierung der Partei.

Für sie steht der langjährige Fraktionsvorsitzende der KPD im Thüringer Landtag, der Gothaer Albin Tenner.

Zur Tradition der Partei DIE LINKE in Thüringen wird die kritische und selbstkritische, aber auch differenzierte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, vor allem aber der Geschichte des Realsozialismus in der DDR, einschließlich unserer politischen Biographien vor 1989, gehören müssen.

Der Grundkonsens des Außerordentlichen Parteitages der SED vom Dezember 1989: Wir haben unwiderruflich mit dem Stalinismus als System gebrochen, muss auch in unserer neuen Partei weiter bestehen bleiben. Für uns kommt nur ein demokratischer Sozialismus in Frage.

Wir stellen nicht die Alternative Freiheit oder Sozialismus.

Aktueller denn je ist Rosa Luxemburgs Satz: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei und deshalb wollen wir Freiheit und Sozialismus.

Freiheit und Sozialismus bedingen einander, das eine ist ohne das andere nicht möglich. Freiheit ist nicht erreichbar ohne soziale Sicherheit und soziale Sicherheit ist nichts wert, wenn sie nicht in Freiheit genutzt werden kann.

In diesem Zusammenhang an Rosa Luxemburg zu erinnern, heißt vor allem, ihrem sozialistischen Denken gerecht zu werden, indem Kritik an der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen, aber auch Kritik an den eigenen Genossen im In- und Ausland und nicht zuletzt Kritik am eigenen politischen Agieren untrennbar miteinander verknüpft waren.

Diese Fähigkeit wiederzuerlangen, dafür stritten seit 1989/90 diejenigen, die in der PDS einen Neuanfang versuchten, ohne ihre Herkunft aus der SED zu verbergen.

In langen und schwierigen Prozessen, verbunden mit viel Streit und vielen schmerzlichen Erkenntnissen, haben wir uns in Thüringen von Anfang der 90er Jahre bis heute mit unserer Geschichte auseinandergesetzt.

Dafür an dieser Stelle stellvertretend für viele ein herzliches Dankeschön an den langjährigen Leiter der AG Geschichte beim Landesvorstand, Gen. Jochen Traut und Mario Hesselbarth, der sich der Weiterführung dieser Arbeit verschrieben hat.

Diese Auseinandersetzung war und ist aus vielen Gründen notwendig. Der wichtigste Grund war und ist jedoch, dass wir nur so Zukunftsfähigkeit erlangen können.

In unserem, vom damaligen PDS-Landesvorstand beschlossenen Antrag "Elemente eines Beschlusses zur Geschichtsdebatte" an den Bundesparteitag 1993 hatten wir als die wichtigste Ursache für den Stalinismus die Übernahme und

Rechtfertigung von Praktiken, Denk- und Sichtweisen, die mit Machtausübung und als Herrschaft von Menschen über Menschen verbunden sind, in der Arbeiterbewegung gesehen.

Unsere damalige Schlussfolgerung, dass der Marxsche Satz, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist, gilt auch für die Partei DIE LINKE.

Diese Erkenntnis hat es uns ermöglicht zu unterscheiden zwischen dem persönlichen Engagement vieler unserer Mitglieder in der DDR für den Sozialismus und ihren damit verbundenen Idealen und Leistungen einerseits und der Tatsache, dass die Strukturen sowohl der SED als auch der DDR, der Verwirklichung des Marxschen Kerngedankens, der Emanzipation der und des Einzelnen, entgegenstanden.

DIE LINKE nun ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Menschen, die im Hier und Heute für konkrete Ziele kämpfen, sich gleichberechtigt in die Diskussionen einbringen.

Gemeinsam teilen wir die Vorstellung von einer Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit und Freiheit verwirklicht werden.

Dies ist nicht nur eine Vision, sondern die Schlussfolgerung aus unserer Vergangenheit, an deren Erarbeitung unser viel zu früh verstorbener Genosse Dieter Strützel einen hohen Anteil hat.

Die von ihm 1990 im Gründungsreferat der PDS Thüringen formulierte Aufgabe, den gesellschaftlichen Ring um die damalige PDS aufzusprengen, hatten wir spätestens 1993, als wir gemeinsam mit den Kumpels in Bischofferode um den

Erhalt des Kaliwerkes kämpften, erfüllt. Die Erfüllung der zweiten Aufgabe jenes Referates, die Neukonstituierung der LINKEN in Deutschland, ließ so lange Zeit auf sich warten, dass wir sie schon fast vergessen hätten. Seit dem 16. Juni ist auch sie eingelöst und Dieter Strützel wäre wohl einer der leidenschaftlichsten Streiter bei der Parteigründung DIE LINKE gewesen.

Erinnern möchte ich in diesem Zusammenhang aber auch an unseren früheren Bundestagsabgeordneten Prof. Gerhard Riege, einen der Väter des Thüringer Verfassungsentwurfes der PDS. Gerhard Riege nahm sich 1992 das Leben, weil er die Anfeindungen und Beschuldigungen nicht mehr ertragen konnte oder wollte.

Auch er hätte mit Herz für diese neue Partei gekämpft.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

vielen Menschen könnte und müsste man an so einem Tage Dank sagen für die oftmals viel zu geringe Würdigung der geleisteten Arbeit. Viele hätten das verdient. Aber mindestens einer oder eine würde vergessen werden. Damit das nicht passiert, will ich namentlich nur drei Menschen stellvertretend für alle benennen und ihnen ganz besonders danken.

Das sind die erste Landesvorsitzende der PDS, Gabi Zimmer und Dieter Hausold sowie der ehemalige Landesvorsitzende der WASG, Siegfried Gütthoff.

Gabi hat in einer Zeit die Geschicke des Landesverbandes der PDS in die Hand genommen, wo nun wahrlich nicht klar war, wohin das Schiff segelt.

Ihr ist es zu verdanken, dass unser Landesverband sich kontinuierlich in den ersten 8 Jahren seines Bestehens entwickeln konnte und aus Thüringen auch bundespolitische Signale gesetzt wurden.

Dieter Hausold, Gabis Nachfolger im Amt des Landesvorsitzenden, hat in den nächsten Jahren konsequent an der Weiterentwicklung der Thüringer Programmatik gearbeitet. Dieter hat sich von der schlimmen Wahlniederlage zu den Bundestagswahlen 2002 nicht entmutigen lassen, das Heft des Handelns in der Hand behalten und mit dafür gesorgt, dass die PDS zu den Landtagswahlen 2004 ihr bisher bestes Ergebnis erzielen konnte und er leistet auch heute als Fraktionsvorsitzender der Landtagsfraktion hervorragende Arbeit, auf die auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann.

Siegfried Gütthoff kann logischerweise nicht auf so eine lange Amtszeit zurückblicken.

Es war aber maßgeblich Siegfried, der das Schiff der WASG Thüringen sicher durch die manchmal ganz schön hoch schlagenden Wellen gelotst hat. Siegfried ist es unter anderem an vorderer Stelle zu danken, dass der Weg der Parteibildung in Thüringen von nicht all zu vielen Felsen blockiert war.

Ich hatte die Ehre und manchmal, das will ich gerne zugeben, auch die Last, mit Euch allen sehr eng zusammenarbeiten zu

dürfen. Lasst euch heute einmal sagen. Ich habe viel von euch gelernt und lerne noch immer. Dafür einfach Danke.

Allen drei Genannten gilt unser aller Dank und unsere Anerkennung.

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Gründungsparteitages,

sicher ist so ein Tag immer etwas besonderes, aber auch an einem besonderen Tag sollte man die anstehenden Aufgaben nicht vergessen.

Die CDU-Althaus Regierung zwingt uns durch ihre Konzeptions- und Hilflosigkeit förmlich dazu, heute nicht nur zu feiern, sondern auch zu arbeiten. Die hilflose Regierungserklärung vom vergangenen Donnerstag unter dem Motto: "Thüringen auf gutem Weg" ist das beste Beispiel dafür. Ich will mich heute ohne Wertigkeit zu drei brennenden Fragen äußern,
zur Thüringer Kommunalpolitik,
den immer frecher agierenden Nazis und
wie könnte es anders sein zu Fragen der Sozialpolitik.

Ich will ganz bewusst mit der Sozialpolitik beginnen. Und das nicht nur, weil die Sozialpolitik traditionell einen besonderen Schwerpunkt in unseren Betrachtungen und unserer aktiven Politik einnimmt.

Die Analyse des Bremer Wahlergebnisses, wozu ich den Bremerinnen und Bremern nochmals von unserem

Gründungsparteitag die herzlichsten Glückwünsche übermitteln möchte, ihr wart toll, wir sind stolz auf euch, diese Analyse besagt, dass die größte Gruppe der Wahlberechtigten DIE LINKE für ihre Vorstellungen und Vorschläge im Bereich der Sozialpolitik gewählt hat.

Ich glaube, dieses Wahlverhalten müssen wir dringend für uns annehmen und in unserer Arbeit greifen lassen.

Wir wollen Zeichen setzen, dass man in der Sozialpolitik umsteuern kann. Egal, was Merkel, Steinbrück und Ackermann sagen: Deutschland ist finanziell nicht am Ende, die Steuerlast ist geringer als in vielen anderen westeuropäischen Staaten und es ist nicht nötig, immer weiter dort zu sparen, wo es die Menschen existenziell trifft: im Sozialhaushalt, bei den Renten, bei der Gesundheit.

Wir wollen das vorhandene Geld anders einsetzen.

Es wäre z. B. nicht nötig gewesen, mittels der Familienoffensive bei den Kindertagesstätten zu sparen, Erzieherinnen zu entlassen und die Qualität zu gefährden, um dann das Geld über das Thüringer Erziehungsgeld anders zu verteilen. Das war eine politische – keine haushalterische – Entscheidung.

Und es war und ist auch eine politische Entscheidung als Landesregierung gegen das eigene Volk, gegen das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik vor dem Landesverfassungsgericht zu klagen. Wer gegen sein Volk klagt, sollte dieses Volk auch nicht mehr regieren dürfen.

Die CDU hat in ihrem Grundsatzprogramm Ehe und Familie als Leitbild definiert und verfolgt damit konkrete politische Ziele. Junge Menschen sollen wieder heiraten, sie sollen Kinder zur Welt bringen und Frauen sollen sich um eben diese kümmern – und nicht den Männern den Job wegnehmen.

Unser Bild von Familie ist ein anderes.

Familie ist dort, wo sich Menschen dauerhaft um andere Menschen kümmern – ob das Kinder oder pflegebedürftige Angehörige sind. Das heißt aber auch, dass Paare ohne Trauschein leben dürfen, Alleinerziehende nicht diskriminiert werden und wir nicht darüber entscheiden, welches Geschlecht die Eltern haben dürfen.

Es heißt aber auch, einen realistischen Blick auf die Probleme von Familien zu werfen. Wir dürfen die Menschen nicht vergessen, die schon von ihrem eigenen Leben überfordert sind. Immer mehr von ihnen sind leider nicht mehr in der Lage, sich verantwortungsvoll um ihre Kinder zu kümmern und ihnen gute Bildungsgrundlagen mitzugeben.

Deswegen schlagen wir vor:

Leistungen für Familien dürfen nicht am Trauschein festgemacht werden.

Kinder dürfen nicht ausgegrenzt werden, weil ihre Eltern ihnen die Chancen nicht bieten können.

Das heißt konkret an einigen Beispielen: Rücknahme der so genannten Familienoffensive, Rücknahme der Kürzungen im Kita-Bereich, Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab Geburt, Ausbau qualitativ hochwertiger Krippenplätze und Sicherung der Qualität in den Kitas gemäß dem Anspruch “Bildung von Anfang an”, kostenloses Mittagessen für alle Kinder in Krippen, Kitas und Schulen und auf Dauer beitragsfreie Krippen- und Kita-Plätze.

Familie heißt aber auch, dass die Erwachsenen das gleiche Recht auf Berufstätigkeit haben und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer gelten muss. Wir brauchen auf Dauer andere Arbeitszeitmodelle, Unterstützung von Vätern, die in Elternzeit gehen, bessere Öffnungszeiten der Kitas und Sicherung der Horte mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten.

Es gilt das Leitmotiv. Familienpolitik ist keine Frauenpolitik.

Die Landesregierung hat schon vor zwei Jahren mit der Aufnahme des Chancengleichheitsförderungsgesetzes in das Familienförderungsgesetz gezeigt, dass Frauen bei ihr fast ausschließlich als Teil von Familie vorkommen.

Wir lehnen das ab.

Natürlich leben viele Frauen in Familien.

Aber Familienarbeit ist nicht das einzige, was sie interessiert, was sie betrifft.

Wir wollen eine eigenständige Frauenpolitik. Eine Politik, die sich um die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation von Frauen kümmert, die sich nicht als Teil einer Bedarfsgemeinschaft von eigenen Rechten ausschließt, die sich aber auch darum

kümmert, dass Führungspositionen in Politik, Hochschulen und Wirtschaft mit mehr Frauen besetzt sind. Das trifft auch auf Führungspositionen in unserer Partei zu.

Was auf Frauen zutrifft, trifft auch auf Kinder- und Jugendliche zu.

Vielen Kindern geht es in Thüringen nicht besonders gut. Jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen, in den größeren Städten ist es sogar jedes dritte Kind. Jedes vierte Kind ist bei der Einschulung nicht in der Lage, seinem Alter gemäß Sprache anzuwenden und zu verstehen.

Das hat etwas damit zu tun, dass Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen verwehrt bleiben. Bildung darf sich nicht nach dem Geldbeutel der Eltern richten. Bildung ist ein hohes Gut, das auch allen gleich zugänglich sein muss.

Im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes fordert DIE LINKE die Sicherung und den Ausbau der Kinder- und Jugendschutzdienste, die Vernetzung der Hilfsstrukturen und Entwicklung von interdisziplinären Ansätzen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Kinder in Not, die Weiterbildung der Fachkräfte im Kinder- und Jugendschutz, Einrichtung von aufsuchender Mütterberatung und flächendeckende Finanzierung von Familienhebammen.

Wir brauchen verbindliche qualitativ verbesserte Vorsorgeuntersuchungen und die Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten, die allein für diese Untersuchungen zuständig sein sollen. Nicht zuletzt brauchen wir auch die schnellere Herausnahme der Kinder aus Familien bei Misshandlungen und

Missbrauch und eine dauerhafte Perspektive für diese Kinder in Pflege- und Adoptivfamilien.

Angelehnt an die Jugendpauschale soll es seitens des Landes eine Sozialpauschale für die Kommunen geben. Damit soll ein Feststellenprogramm für 200 Personen aus EU- sowie Landesmitteln aufgelegt werden, welches Kommunen befähigt, langfristige, hochqualifizierte Beratungsstellen zu installieren.

Für Menschen mit Behinderungen wollen wir den Einstieg in die Gewährung eines Nachteilsausgleiches.

Dabei sind ein einkommens- und vermögensunabhängiges Blindengeld von mindestens 320 Euro monatlich und ein Gehörlosengeld in Höhe von 200 Euro im Monat Grundbedingung.

Nachgedacht werden sollte auch über die langfristige Einführung einer Mobilitätspauschale für Menschen, die auf Grund der Schwere und Art ihrer Behinderung nicht am öffentlichen Personennahverkehr teilnehmen können. Sie bedürfen individueller Transportleistungen.

Das sollen nur einige unserer Forderungen auf sozialpolitischem Gebiet gewesen sein. Hieran wird in den nächsten Monaten weiter gefeilt werden.

Als zweites zur Kommunalpolitik.

Die Kommunen bilden den Grundstein der Gesellschaft. Hier leben die Bürger und hier treten die Probleme der Gesellschaft ganz konkret zutage.

Die Kommunen zu stärken, muss deshalb das Leitbild der LINKEN in Thüringen auch weiterhin bleiben.

Die Positionen und Forderungen im Landtagswahlprogramm sind sowohl Programm der Partei als auch der Landtagsfraktion und damit auch ganz konkret.

Wir wollen, dass die Kommunen ihrem Verfassungsauftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen zu sorgen, gerecht werden können.

Dafür brauchen sie ausreichend Geld.

Auch wenn es uns nicht gefällt, neben der kommunalen Demokratie ist das Geld die wesentliche Klammer, die kommunale Selbstverwaltung erst ermöglicht.

Unsere primäre Forderung lautet, dass die Kommunen eine ausreichend starke eigene Steuerkraft entwickeln. Da die Steuereinnahmen ostdeutscher Kommunen noch immer nicht ausreichen, das so genannte drei Säulen-Modell: ein Drittel eigene Steuereinnahmen, ein Drittel Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb und ein Drittel Landeszuweisungen – zu bedienen, sind die ostdeutschen Kommunen in einem starken

Maße von den politischen Entscheidungen des Landes abhängig.

Damit hat der kommunale Finanzausgleich eine hohe Bedeutung für die Lebensfähigkeit der Thüringer Kommunen.

Die von der CDU-Landesregierung beabsichtigten Kürzungen, lehnen wir strikt ab!

Die Kommunen dürfen künftig nicht weniger Geld erhalten als bisher. Wir fordern angesichts des Urteils vom Verfassungsgericht und der zusätzlich zu erwartenden Steuereinnahmen, dass die regierende CDU in Thüringen die Gemeinden, Städte und Landkreise finanziell in die Lage versetzt, Politik im Interesse ihrer Bürgerinnen und Bürger gestalten zu können.

Es ist schon erstaunlich, dass die ersten Einschätzungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung unserer Fraktion und der kommunalen Spitzenverbände für einen neuen kommunalen Finanzausgleich nahezu deckungsgleich sind.

Beide lehnen den Zwang zur Erhöhung der kommunalen Steuern ab.

Beide lehnen die Berechnungsmethode zur Ermittlung des kommunalen Finanzbedarfs ab.

Und beide sind sich darin einig, dass der Wegfall der Investitionszuschüsse dramatische Folgen auf die Erhaltung des

öffentlichen Vermögens und auf die Arbeitsplätze der heimischen Handwerkerbetriebe haben werden.

Doch es gibt auch Unterschiede.

Wir fordern, dass es finanzielle Anreize gibt, eine Gebietsreform in Thüringen voranzutreiben.

In unserem Masterplan für eine Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform haben wir vor zwei Jahren diese Zielstellung formuliert.

Nun geht es darum, mit unserer Fraktion im Thüringer Landtag diese Ziele durch einzelne ganz konkrete Anträge zu untersetzen, weiter zu entwickeln und dabei auch den Gemeinde- und Städtebund sowie den Landkreistag beim Wort zu nehmen und mit ins Boot zu holen.

Es geht um die Interessen die Bürgerinnen und Bürger. Deshalb ist für uns klar, dass eine umfassende Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden muss!

Bei diesen ganzen Prozessen ist es elementar, dass die Betroffenen ihre Interessen vertreten können und dabei ihren Sachverstand einbringen.

Reformen nach dem Gutsherrendenken von Althaus lehnen wir ab!

Wer die Beschäftigten demotiviert, trägt nicht dazu bei, dass die Beschäftigten besonders erfreut zur Arbeit gehen.

Wir wollen, dass bei allen Reformen breite Mitwirkungsmöglichkeiten aller Betroffenen bestehen. Unsere Fraktion hat deshalb nicht aus Langeweile ein eigenes Personalvertretungsgesetz in den Landtag eingebracht.

Das jetzige ist antiquiert und reformbedürftig. Die CDU hat unser Gesetz abgelehnt. Das bekommen aktuell die Beschäftigten in den Versorgungsämtern und den staatlichen Umweltämtern zu spüren.

Eine Beteiligung von ihnen ist von der Landesregierung nicht erwünscht, obwohl diese Behörden zum Jahresende aufgelöst und kommunalisiert werden sollen.

Wir wollen die demokratischen Teilhabe- und Entscheidungsrechte auch auf kommunaler Ebene ausbauen.

Wenn der Innenminister meint, die Thüringer seien noch nicht zur Demokratie fähig, dann mag das seine persönliche Auffassung sein.

Meine Auffassung dazu ist, dass diese Meinung dem Wesen der Thüringer CDU-Landesregierung entspricht: Das heißt, Demokratie unlustig und unfähig mit den Menschen Politik zu machen und nicht gegen sie.

Unsere Fraktion hat, gemeinsam mit der SPD, einen eigenen Gesetzentwurf zum Ausbau der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene eingebracht.

Das Gesetz ist, ein Schelm der böses dabei denkt, wieder einmal durch die herrschende CDU abgelehnt worden. Deshalb wird es ab 31. August erneut ein Volksbegehren in Thüringen geben.

Wir wollen, dass bestehende Möglichkeiten der direkten Demokratie weiter ausgebaut und bestehende Hürden abgesenkt werden sowie neue Elemente hinzukommen.

Mehr Demokratie ist der rote Faden unserer Politik.

Ich bin schon gespannt, ob die Landesregierung bei einem Erfolg des Volksbegehrens wieder vor das Verfassungsgericht ziehen wird.

Ich will heute aber auch nicht verschweigen, dass es auch in der LINKEN unterschiedliche Sichtweisen, auch zu schon einmal Beschlossenem gibt. Das ist erst einmal auch nicht schlimm, fördert es doch die Diskussion und damit auch Wissen und den Mut zur Entscheidung. Ich mahne aber eine Versachlichung aller Diskussionen bei allen unterschiedlichen Meinungen an. Daran müssen auch wir weiter arbeiten.

Da die Kommunalpolitik ein aus meiner Sicht so wichtiges Standbein ist, schlage ich dem neu zu wählenden Landesvorstand vor, einen Haupttagesordnungspunkt zu diesem Thema auf dem ersten Landesparteitag im Dezember dieses Jahres zu machen.

Zu einem leider immer wieder anzusprechenden dritten Problemkreis.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

das Problem der Neonazis in Thüringen bleibt auf der Tagesordnung. Und ich meine: Die politische Gefahr, die mit dem Rechtsextremismus einhergeht, ist gewachsen, die Herausforderung an die Demokratie ist gestiegen und die Verantwortung unserer Partei bei der Abwehr dieser Entwicklung muss noch ernster genommen werden.

In den letzten acht Wochen erlebte Thüringen eine nie da gewesene Mobilisierung der NPD.

Mit einer so genannten Mitgliederkampagne überzogen Neonazis die Kommunen mit Infoständen, Mahnwachen und Aktionen.

Dabei wurde die NPD auch in Städten und Gemeinden aktiv, in denen die Rechtsextremen bisher keine Präsenz zeigten. An vielen Stellen haben wir gemeinsam mit engagierten Bürgern, mit anderen demokratischen Parteien, mit Vereinen und Verbänden Flagge gezeigt.

Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen, dort wo bisher keine zivilgesellschaftlichen Strukturen der antifaschistischen Gegenwehr bestanden, diese mit ins Leben zu rufen.

Aber wir müssen auch feststellen:

Nicht überall sind die Verwaltungen sensibel, die Bürgermeister alarmiert, die Sicherheitsbehörden hinreichend orientiert.

Ein fatales Signal geht von den Kommunen aus, die den Neonazis freie Hand lassen, die meinen, diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, seien das Problem und nicht die Neonazis selbst.

Hier sind wir gefordert, hier dürfen wir nicht locker lassen und in der Konsequenz müssen wir all denen, die wegsehen, jetzt sagen: Euer Wegducken ist eine Einladung an die Rechtsextremisten, dort werden sie ihre Aktivitäten verstärken. Der Infostand ohne Auflagen, ohne Öffentlichkeit, ohne Protest ist ihr liebster Infostand. Hier können sie ungestört mit den Bürgern ins Gespräch kommen, ihre Propaganda verbreiten, ihre Funktionäre in der Bevölkerung bekannt machen.

Wer heute als Partei, als Verwaltung oder als Stadtoberhaupt meint, man könne das Problem durch Weggucken lösen, dem müssen wir sachlich klar machen: Wer jetzt wegsieht, macht den Weg der Nazis in die Parlamente frei.

Wer heute nichts unternimmt, wird spätestens 2009 mit den Neonazis konfrontiert, dann aber nicht mehr auf der Straße, sondern im Stadtrat, im Kreistag oder im Landtag. Und das sollten wir diesem Land und uns gemeinsam ersparen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich weiß, dass sich viele gegen den Rechtsextremismus engagieren und ich weiß um die Bedeutung der LINKEN in lokalen Bündnissen und Initiativen.

Und doch müssen wir sagen: DIE LINKE wird noch in einem weiteren Maße durch den Rechtsextremismus gefordert sein als wir noch vor Monaten erwartet haben.

Die Herausforderung stellt sich in drei Bereichen:

Neonazis geben sich einen antikapitalistischen und systemkritischen Anstrich;

Neonazis versuchen, durch das Herausstellen vermeintlicher Gemeinsamkeiten mit der LINKEN die Öffentlichkeit zu verunsichern;

Neonazis attackieren gezielt Personen und Einrichtungen unserer Partei und schüchtern Bündnispartner ein.

Zum ersten: Einige von Euch werden in den letzten Tagen sicherlich die Kampagnenzeitung der NPD in den Händen gehalten haben. Mit 300.000 Exemplaren dieser professionellen Kleinzeitung überschwemmt dieser Tage die NPD das Bundesland. Viele Themen, die dort angesprochen werden, sind auch die Themen der LINKEN, sind die Themen, die Bürger bewegen: Abwanderung junger Menschen, Erhalt ländlicher Schulen, Globalisierungsangst, kommunale Finanzsorgen und gerechte Familienpolitik. Die neofaschistische Ideologie wird fein dosiert und wohl formuliert.

Von “entstaubtem Nationalismus” ist da die Rede und jedem “deutschen Kind” wird ein Kindergartenplatz versprochen. Thüringer Naturschönheiten, Bauerntum und Mittelstand dienen als Kulisse zur Ausbreitung völkischer und rassistischer Ideen.

Wir haben zweierlei zu leisten: Wir müssen die Naziideologie sichtbar machen und thematisieren und die Menschen aufklären über die vermeintlich unabhängigen Vereine, Regionalzeitungen und Angebote der Neonazis.

Und zweitens aber nicht an zweiter Stelle müssen wir die Partei für den Alltag, also ansprechbar für die Probleme der Menschen sein. Die Partei für den Alltag muss auch im Alltag verwurzelt sein, daran müssen wir arbeiten und dafür müssen wir auch gegebenenfalls neue Wege gehen oder alte neu beschreiten.

Zum zweiten: Mit Heimtücke und Plan versuchen Neonazis, vermeintliche Gemeinsamkeiten mit LINKEN herauszustellen. Kampagnenähnlich soll der Öffentlichkeit eine Nähe von Inhalten und Personen suggeriert werden. Unterstützung bekommen die Rechtsextremen bei dieser infamen Kampagne durch willfährige Medien, die ohne eigene Recherche Angaben der Neonazis eins zu eins übernehmen. So kommt es zu Artikeln, die überschrieben sind mit “Braun-Rote Kungelei” und in denen sich NPD-Kreisvorsitzende in Pose werfen können. Neonazis schwadronieren über angebliche Unterstützung durch LINKE-Mitglieder für Nazivereine oder bezeichnen den Schritt von der PDS zur NPD als “folgerichtig”

angesichts der vielen “Schnittmengen”. Ich sage an dieser Stelle ganz klar:

Es gibt weder eine offene noch stille Nähe von der LINKEN und NPD.

Unversöhnlich sind wir mit Blick auf die Toten und Verfolgten des deutschen Faschismus, unversöhnlich sind wir mit Blick in die Zukunft:

Sozialisten kämpfen für Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit,

Sozialisten verteidigen Menschenrechte und den Gleichheitsgedanken.

Der Neofaschismus strebt eine nationale Diktatur an, er versklavt die Menschen, beseitigt Freiheits- und Bürgerrechte und selektiert die Menschen entlang ethnischer und sozialer Kriterien.

Ich habe schon an anderer Stelle gesagt: Das sind Gegensätze wie Wasser und Feuer.

Wir stehen für das Leben und die Veränderung: Wir sind das Wasser, das das vernichtende Feuer ersticken muss.

Damit komme ich zum letzten Punkt. Den aggressiven Aspekt des Rechtsextremismus erlebt unsere Partei immer direkter. In den letzten Wochen wurden mehrfach Geschäftsräume und Büros beschädigt, Scheiben eingeworfen, Fassaden beschmiert, Feuer gelegt.

In Nordhausen, Hildburghausen, in Sömmerda und Erfurt.

Linkepolitiker werden observiert, bedroht und beleidigt.

Das Ziel ist klar: Es geht um Einschüchterung, es geht um Angstmache. All diese Dinge dürfen wir nicht hinnehmen. Hier müssen wir uns mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. Und das bis zur Klage. **(Klage gegen Stern und Trinkaus)** Wir müssen gemeinsam mit den Behörden dafür Sorge tragen, dass wir Veranstaltungen ungestört durchführen können, dass Neonaziangriffe entschieden verfolgt werden. Und wir müssen über das politische Klima in diesem Land sprechen.

Die Diffamierung der LINKEN durch die CDU ist Wasser auf die Mühlen der NPD. Ich habe zu Beginn schon im Zusammenhang mit den Äußerungen von Althaus und Mohring davon gesprochen.

Es vergeht gerade keine Woche, in der die NPD Thüringen nicht eine Initiative oder Äußerung der CDU gegenüber LINKEN und Antifaschisten beklatscht.

Wir stehen zu dem Konsens im Landtag, wie er mit dem gemeinsamen Beschluss aller drei Fraktionen für Demokratie gefasst wurde, ich hoffe, er hat auch heute noch seine Gültigkeit, auch bei der CDU.

Liebe Genossinnen und Genossen,
verehrte Gäste,

auch wenn wir im Landtag für die Wahrnehmung der Thüringer Verantwortung für ein erfolgreiches NPD-Verbot keine

Mehrheit fanden. Wir werden diese Forderung weiter erheben und kritisch verfolgen.

Wir wissen um die Situation der Durchsetzung des Rechtsextremismus mit staatlichen Spitzeln, wir wissen um die oberflächliche Wirkung eines Verbots, wir wissen um die fehlende Nachhaltigkeit. Und doch sagen wir und werden dafür weiter werben:

Wir brauchen ein NPD-Verbot, und zwar jetzt.

Wir brauchen eine Zäsur in der Entwicklung des Rechtsextremismus. Einen schmerzhaften Einschnitt in das organisatorische Fleisch des Neofaschismus. Ohne Fraktionsstatus, ohne Zentralorgan, ohne Parteienprivileg, ohne steuerliche Begünstigung, ohne Wahlkampfkostenrückerstattung werden dem Neonazismus wichtige legale Instrumente fehlen.

Deshalb möchte ich Euch an dieser Stelle noch einmal alle ermuntern, auch in den nächsten Wochen Unterschriften für ein NPD-Verbot zu sammeln und gemeinsam mit der VVN diese Forderung weiter publik zu machen.

Und Herrn Althaus fordere ich auf:

Herr Althaus ziehen Sie endlich Ihre Spitzel des Verfassungsschutzes ab, damit ein NPD–Verbotsverfahren auch wirksam eingeleitet werden kann. Machen Sie sich nicht zum Büttel der NPD. Lassen Sie nicht in den Geschichtsbüchern stehen: Die Thüringer CDU-Landesregierung ist mit Schuld am Einzug der NPD in den Thüringer Landtag.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

allein diese Beispiele zeigen, dass die Althaus-Regierung nicht mehr in der Lage ist oder auch noch nie war, Thüringen im Interesse der darin lebenden Menschen zu regieren.

Hier regieren, und das hat die Regierungserklärung ja deutlich gemacht, die Gevatter Hilflosigkeit, Verwirrung und nicht zuletzt auch Ratlosigkeit.

DIE LINKE in Thüringen hat konkrete Vorstellungen zur Veränderung der Situation von Menschen in diesem Lande.

Ich habe versucht, das an einigen Beispielen deutlich zu machen. Dieses Land braucht eine politische Veränderung, sprich einen Politikwechsel.

Wir wollen diesen Politikwechsel und werden in den nächsten Monaten alles dafür tun, dass dieser Politikwechsel auch zustande kommt. Das bedingt aber zunächst, dass wir nicht danach schielen, welche Ämter besetzt werden können, sondern wie gelingt es uns, mit der überzeugenden Vermittlung inhaltlicher Alternativen DIE LINKE weiter zu stärken.

Erst wenn diese Grundvoraussetzung einer noch stärkeren LINKEN gegeben ist, und das werden wir erst nach den Wahlen 2009 endgültig wissen, sollten wir schauen, welche Partner und Schnittmengen es gibt, die mit uns eine wirkliche politische Veränderung wollen.

Jeder weiß, wovon ich hier spreche. Die Thüringer SPD und Herr Matschie müssen sich schon entscheiden, ob sie eine politische Veränderung im Lande wirklich wollen oder ob alles so bleiben soll wie es jetzt ist, nur in einer großen Koalition unter Frau Lieberknecht, wie unlängst in der Thüringer Landeszeitung zu lesen war.

Für eine politische Veränderung im Land sind wir natürlich bereit, mit der SPD zusammenzuarbeiten, aber eben nur wenn es eine wirkliche Veränderung gibt.

Für uns ist Regieren genauso wie Opponieren kein Selbstzweck.

Aufgabe ist es, konkrete Verbesserungen für die Menschen durchzusetzen. Und weil das so ist, müssen wir auch überzeugend rüber bringen, dass wir auch bereit sind, uns dieser Aufgabe unter veränderten politischen Voraussetzungen zu stellen.

Die Bereitschaft zur Regierungsübernahme ist für uns kein Spiel, es ist Notwendigkeit im Interesse der Menschen dieses Landes. Darüber müssen wir uns alle gemeinsam im Klaren sein.

Zusammengefasst heißt das, wir müssen an der weiteren parlamentarischen und außerparlamentarischen Umsetzung der Ziele unseres Landtagswahlprogramms und damit an der Weiterentwicklung wichtiger Positionen mit Blick auf 2009 und damit auch für die Zeit nach der Landtagswahl arbeiten.

Und Zweitens bedeutet das eine noch konsequentere Auseinandersetzung mit der Politik der Landesregierung und der CDU, um sie an Hand der realen Entwicklung in Thüringen sowie in Bezug auf ihr undemokratisches und die Meinung einer immer größer werdenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften – ja selbst der Kirchen – ignorierendes Vorgehen weiter zu delegitimieren.

Ein Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Demokratie setzt die Abwahl der CDU aus der Regierung voraus.

Daran gibt es nichts zu deuteln.

Mit einer konsequenten Delegitimierungsstrategie leisten wir einen steigenden Beitrag zur Verstärkung der sich abzeichnenden Wechselstimmung im Land.

Unsere konsequenten Positionen in der Auseinandersetzung mit der Familienoffensive der CDU-Landesregierung, unser Eintreten für Mindestlöhne, unsere Initiativen in der Ablehnung von Hartz IV und für öffentlich geförderte Arbeit sowie die

Positionen der Linken als Antikriegspartei sichern uns wichtige Alleinstellungsmerkmale.

Diese Eigenständigkeit müssen wir in Bezug auf unseren landespolitischen Anspruch und diesbezügliche Alternativen noch stärker ausprägen. Darauf müssen sich Fraktionen und Partei bei der Umsetzung des Landtagswahlprogramms konzentrieren und zugleich mit einer weiteren landespolitischen Qualifizierung der wichtigsten Positionen die schrittweisen Voraussetzungen für ein Wahlprogramm 2009 schaffen.

Dieses Programm, und das müssen wir auch sehr deutlich machen, muss dem Anspruch eines linken Regierungsprogramms gerecht werden, wobei sich von selbst versteht, dass ein gutes linkes Regierungsprogramm zugleich inhaltliches Gerüst für die Fortsetzung einer konsequenten linken Opposition im Landtag sein kann.

Zu so einem Programm muss sich aus meiner Sicht offen und ehrlich jeder bekennen, der für unsere Partei in Verantwortung Politik machen will.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Voraussetzungen für einen Politikwechsel in Thüringen sind gut, sind stetig gewachsen, sprich waren noch nie besser. Vergeigen wir diese Chance im Interesse der Menschen in Thüringen nicht. Diese CDU in Thüringen hat es nach 19 Jahren verfehlter Politik verdient, abgelöst zu werden.

Es macht mich sehr zuversichtlich, dass viel mehr Menschen als bisher diesen Weg in einer neuen LINKEN bestreiten wollen. So sind seit dem Bundesparteitag vor 4 Wochen auch in ThüringenMenschen in die Partei eingetreten oder werden es heute noch tun.

Wir kommen darauf nachher noch zurück.

Ich rufe auch denjenigen, die seit vielen Jahren die PDS politisch begleitet oder für sie in Parlamenten gestritten haben, zu.

Kommt endlich ganz zu uns. Die Zeit ist reif, sich zu bekennen. Es ist gut, dass unter den neuen Mitgliedern alle Schichten und Altersgruppen vertreten sind. Das macht uns stark und politisch unangreifbar.

In diesem Sinne sage ich unseren politischen Konkurrenten: Zieht Euch warm an. Die LINKE ist da. Wir sind hellwach, hoch motiviert und kampfeslustig.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ein Sprichwort sagt: Wer keine Träume hat, ist kein Realist!

Wir haben Träume und wir sind Realisten.

Lasst uns in diesem Sinne für eine starke LINKE in Thüringen streiten, unseren Landesverband konstituieren und unsere Gothaer Gründungserklärung verabschieden.

Ich bin bereit dazu, das gemeinsam mit Euch zu tun.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.